

Neue Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 524; für Anhalt und Thüringen; Jahrgang 1906; Zweite Ausgabe; Sonnabend, 7. November 1906; Geschäftsstelle in Berlin Burgstraße 2; Telefon-Nr. VII 11 494; Druck und Verlag von Otto Erdle in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Kanalverkehrsprobleme? Halle a. S., 7. November. Die Nationalliberalen hat es betrifft, daß die Kanalvorlage für die Provinz Sachsen im Vordergrund der Erörterungen gedrängt werden ist, als es für eine glückliche Erledigung geraten ist. Die Kanalangelegenheit bildet die Grundlage für die Bündnispolitik der Nationalliberalen mit der demokratischen Linken, für den Bruch mit den befreundeten Freirepublikanern und nicht zuletzt für recht viele unfruchtbare Erörterungen in den Tageszeitungen. Amlet ergabliche Kombinationen schürten durch die Presse, wie eine Vereinbarung zwischen Staatregierung und Volksvertretung über die Verabreichung der vielmehreren Vorlage über einen Teil derselben erreicht ist bzw. erreicht sein könnte. Man wird sich aber wohl damit abfinden, was scheinbar offizios verhandelt, daß die Regierung zu der in manchen Punkten veränderten Lage Stellung genommen und auch schon einen bestimmten Aktionsplan in Aussicht genommen habe.

Mit dieser Mitteilung wird die Wissenschaft zwar nicht sonderlich bereichert, aber — Roma locuta est! Ganz absurd ist es, wenn im gegenwärtigen Stadium von Verhandlungen zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses gesprochen wird. Was sollte es denn jetzt vor den Neuwahlen für einen Sinn haben, mit den Mehrheitsparteien zu unterhandeln? Noch dazu zu einer Zeit, in welcher die Parteimitglieder über alle Teile des Reiches gestreut sind? Wer vermöchte schon jetzt mit Sicherheit voraussagen, wie die Wahlen ausfallen?

In der Thronrede, mit welcher die letzte Landtagsession eröffnet wurde, war besonders die Kanalvorlage mit ihrem Worte berührt worden, und das war durchaus nicht anlässlich, namentlich auch im Hinblick auf die Zolltarifvorlage im Reichstage. Dieser Landtag hatte seine Abneigung gegen die wasserwirtschaftliche Vorlage oft genug so deutlich bekundet, daß man es füglich der Regierung nicht verdenken konnte, wenn sie einer nochmaligen Einbringung der Vorlage Abstand nahm. Nichts lag näher als die Annahme, die Regierung werde von dieser Vorlage an den neuwählbaren appellieren. Der bestimmte Aktionsplan wird voraussichtlich erst bei den nächsten Reichstagsarbeiten werden, sobald die Neuwahlen beendet sind, wenn förmlich Anträge gestellt werden, daß mit dieser zwei Worten schließlich nur diesem Gedanken Ausdruck gegeben werden sollte.

Daß die Regierung zu einer „in manchen Punkten veränderten Lage Stellung genommen“, scheint unseren erfindungsreichen Konjunkturpolitikern den Gedanken eingefallen zu haben von den Bau des verfallenen Mittelalters. Man scheint vergessen zu haben, daß vor zwei Jahren ein königliches Decret in Trier erlassen worden ist zu dem Zwecke, Projekte für die Kanalvorlage der Hofel und Saar zu erwärmen. Diese Arbeiten sind mit einem Kostenaufwande von etwa 80 bis 90 Millionen Mark verknüpft. Daß durch die Einbeziehung dieser beiden Flüsse in die umfassende wasserwirtschaftliche Vorlage die Lage wesentlich verändert und gebessert liegt auf der Hand. Im übrigen verharren wir bei der Annahme, daß eine solche angeordnete nationalliberale Sensationspolitik die so unfruchtbaren Erörterungen erzeugt habe; die Kanalvorlage selbst erfüllt dadurch keine Forderung. Wir freilich haben keinen Grund, darüber besonders betrübt zu sein.

Mißstände bei der Weidmarterung auf den Viehmärkten. In der „Deutschen Agrarzeitung“ lesen wir folgendes: „Ein großes Übelstand auf den Viehmärkten besteht in der unrichtigen Preisfestsetzung über die auf den Schlachthausmärkten angebotenen für die einzelnen Viehgattungen erstellten Preise weist ein Vortrag in Hannover, der dazu geführt hat, daß die landwirtschaftlichen Mitglieder der dortigen Notierungskommission ihre weitere Mitwirkung an der offiziellen Preisfestsetzung zu verweigern sich entschlossen haben. Ein Grund ist das Gesetz von 1900 ist. Die Notierung richtet sich nach der Art, wie der Handel sich vollzieht.“ Es ist dies ein Entgegenkommen, wie es weitgehender dem Viehhändler nicht gemacht werden konnte. Damit aber die unbedingt notwendige Gleichmäßigkeit der Handelsform gewahrt werde, wurde weiter bestimmt, daß überall die, wo nach Schlachtgewicht“ gehandelt werde, dem Begriff „Schlachtgewicht“ die Form zu Grunde gelegt werde, die im Jahre 1900 gültigen Vertreters des deutschen Landwirtschaftsverbandes, des Viehhändlerverbandes, des Viehhändler- und der Schlachthausverwaltungen deutscher Städte vereinbart worden ist. Also auch hierin ist dem Handel keinerlei Vorteil angehen worden, sondern es sind die von ihm selbst in freier Vereinbarung ausgehenden Normen zu Grunde gelegt worden.

Trotzdem ist nun in Hannover, wie die landwirtschaftlichen Mitglieder der Notierungskommission festgestellt haben, beim Kauf von Tiere Schlachtgewicht von den Viehhändlern eine andere, für den Verkäufer der Tiere weitläufig unglückliche Bestimmung des Schlachtgewichts zur Anwendung gebracht worden, die es sich zu den anderen Schlachthausmärkten geschildert allgemein nach der in bezug oben erwähnten Weise zwischen Viehhändlern, Händlern und Landwirten vereinbarten Form zu geschähen habe. Dessen weigern sich aber die Viehhändler und streben über den „großen Eingangs in die freien Märkte des Handels“, obwohl von ihnen doch nicht anders herlangt wird, als bestreben sie von ihren eigenen Vertretern einseitig heranzuziehen auf der Bestimmung des Begriffes Schlachtgewicht als Vertreter des Viehhändlerverbandes mitgewirkt die Herren. Stein-Lübke, Löner, Hofmann, Schmidt-Berlin — festgesetzte Norm für das Schlachtgewicht einmütig und nicht eigenmächtig den Verkäufer schädigende Abänderungen treffen.

Aber nun kommt das merkwürdige. Das Regierungspräsidium soll, Bestimmungsmittel zu verfolgen, dem Oberhand der Viehhändler dadurch nachgegeben haben, weil es die durch den Ministerpräsidenten geforderte Form der Feststellung des Schlachtgewichts nur für diejenigen Schlachtungen, die zum Zwecke der Preisfestsetzung bei der Notierung vorgenommen werden, als bindend erklärt, dagegen für alle anderen Angelegenheiten nach Schlachtgewicht den Viehhändlern die bisherige unglückliche Bestimmung freigegeben habe. Damit würde dann also der Zustand antilich festhalten sein, daß die Preise antilich notiert werden nach dem Schlachtgewicht, das 2-3 Schlachtprozent mehr pro Tier ergibt, als die Viehhändler tatsächlich bezahllen; der nähere Preis würde also immer niedriger sein, als er getragen würde, wenn das Tier pro Kopf bezahlt werden würde und kann der Preisrechnung die Schlachtprozent nach dem Normen, wie sie bei den Hannoverischen Schlachtern gebräuchlich ist, zu Grunde gelegt werden wäre. Zum Beispiel: Ein Ochs von 17 Ztr. Lebendgewicht ist wert, sagen wir 500 Mk.; er ergibt nach der antilichen Norm wasserwirtschaftlich 60 Ztr. Schlachtgewicht, es würde also, um den Preis von 500 Mk. für den Ochs zu erzielen, pro 50 Kilogramm Schlachtgewicht gezahlt werden müssen 60 Mk. Wenn aber die Schlachtprozent nach der Hannoverischen Art des Ausschneidens etwa nur 58 betragen würden, so müßte der Preis, um den Ochs gleich hoch zu bezahlen, 68,96 Mk. pro 50 Kilogramm Schlachtgewicht betragen. Würden also die Verkäufer des Viehes nach der antilichen Notiz ihren unangenehmen Schlachtgewicht sich ihre Berechnung machen, kann würden sie stets schiefest wegkommen, und die Viehhändler in Hannover, die nach antilichen Notierungen die Preise bewilligen und nach ihrer Norm die Tiere ausschneiden, würden stets ein billantes Geschäft machen. Die „Deutsche Agrarzeitung“ meint fernerhin: „Das ist wohl der eigentliche Grund der Unruhe, die sich geltend zu machen beginnt, und die auch nach dem neuen Gesetz, das die jetzigen Bestimmungen über die Notierungen bringend einer durchgreifenden Änderung bedürfen.“

Was Deutsch-Südwestafrika. Die neuesten aus englischer Quelle stammenden Meldungen über die Unruhen im südlichen Teil von Deutsch-Südwestafrika haben (wie wir gleich am Anfang und ausführen) die Vorgänge in Warmbad angefochten. In Pretoria amtierender Stelle ist eine Behauptung dieser alarmierenden Meldungen nicht eingetroffen. Der kaiserliche Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika meldet zu den Unruhen in Warmbad vom 5. November aus Windhof: „Größter Teil der Schutztruppe einschließlich der Gebirgsbatterie in Maritzburg; desgleichen die Wälders- und Postkars in Stärke von rund 300 Köpfen. Vom Kriegsschauplatz keine weiteren Nachrichten.“ In Sechsmannshoop (etwa 130 Kilometer nördlich von Warmbad) steht eine Feldkompanie mit 3 Offizieren, 15 Unteroffizieren und 90 Mann einschließlich 15 Forderer. Dazu kommen die Mannschaften des Beurlaubtenstandes und etwaige Kriessfreiwillige des Bezirks, die vernünftig nicht weniger als 40 bis 50 Köpfe zählen. Die in Maritzburg gestellte Gebirgsbatterie entfällt über 6 Zentimeter-Gebirgsgeschütze neuester Konstruktion. Hierzu tritt das in Windhof stationierte Maschinengewehr. Die Geschütze der Feldbatterie, die seit 1894 ununterbrochen im Schutzgebiete im Gebrauch waren, sind, wie „Wolffs Kal.“ erfährt, im September zur Vorbereitung notwendiger Reparaturen nach Deutschland geschickt worden. Ihre Verwendung auf dem Schauplatz der Unruhen wäre mit Rücksicht auf das nicht eingetroffene (Kriegsgebirgs- und Beurlaubtenstandes) und Warmbad) ohnehin unzulässig. Die Marschzeit zwischen Windhof und Sechsmannshoop beträgt etwa drei Wochen. Von fünfandiger Seite wird berichtet, daß der aufstehige Stamm der Bondelwarts nicht weniger als 500 wehrfähige Männer zählt.

Die „Post“ meldet über den Zustand der Bondelwarts folgendes: „Kapstadt, 6. Nov. Die südafrikanischen Bondelwarts greifen, außerordentlichen Meldungen zufolge, die Station Warmbad in Deutsch-Südwestafrika von neuem an und nehmen das Fort ein, das eben wie das Fort Warmbad durch Feuer geschickt wurde. Alle Deutschen wurden getötet. Die englischen Familien sind am Leben, befinden sich aber in den Händen der Bondelwarts. Die von Norden aufgetauchene Entschlossenheit wurde in einen schweren Kampf mit einer großen Schaar Eingeborener verwickelt, deren Verlauf unklar ist. Eine britische Beobachtungsabteilung, unter Kapitän Stansfeld, erwiderte am Mittwoch Einheiten am Duanjelsberg und fand die Furt von einer „fastreinen Schaar Bondelwarts besetzt, welche die Engländer angriffen drohten, aber sich später in der Richtung auf Warmbad zurückzogen. Zwei englische Flüchtlinge trafen auf englischen Gebiet ein. Die Lage ist ernst. Die Ursache des Aufstandes ist noch nicht festgestellt, nach der „Daily Mail“, die Verdrängung eines ihrer Häuptlinge durch die Deutschen.“

Ausflug von Kriegervereinen. Der Vorstand des Preussischen Landesriegerverbandes hat die Kriegervereine zu Schwarzwaldbau und Notthadab (Schlesien) ausgeschlossen, weil sorgfältige Untersuchungen ergaben, daß sich in diesen Vereinen viele Sozialdemokraten befinden, welche die Ziele ihrer Partei durch Worte und Handlungen fördern.

Sozialdemokraten und Nihilisten. In demselben Verlage wegen Geheimbündel, das die Staatsanwaltschaft gegen einen Sozialdemokraten in Hainigsberg (Preußen) eingeleitet hat, ist der „Königsberg. Hartung'schen Ztg.“ zufolge auch in Mielow eine Hausung durch den Führer der dortigen Sozialdemokraten, Hermanns Forten und Klein und zwei anderen Sozialdemokraten abgehalten worden. Das Ergebnis der Hausung war überaus befriedigend. Es wurden ganze Schiffe revolutionärer Schriften und nihilistischer Pamphlete gefunden, die vom dem Holzgangsausschuss der Nihilisten in Jülich hergestellt sind. Außerdem

wurde eine ausgedehnte Korrespondenz mit russischen Unterzonen befragt und der Staatsanwaltschaft übergeben.

Gemeinames Vorgehen in den Dinaraken. Am 28. Oktober fand im Abgeordnetenhaus zu Berlin eine Besprechung von Vertretern deutscher nationaler Verbände statt, um ein gemeinsames Programm für die Dinaraken festzustellen. An der Besprechung beteiligten sich u. a. der Deutsche Dinarakerverein, der Alldeutsche Verband, der Evangelische Bund, der Johanniterorden, der Verein für innere Mission, der Gustav Adolf-Verein und die Anstalt des Zentralfinanz.

Zur Einführung der Schlachtviehvericherung. Die Konferenz von Vertretern der deutschen Regierungen, die im Reichstag des Innern zur Einführung einer Schlachtviehvericherung abgehalten wurde, hat zu keinem praktischen Ergebnis geführt. Die süddeutschen Regierungen verweigern sich ablehnend, und auch unter den Regierungen Norddeutschlands konnte eine Verständigung über die grundlegenden Bestimmungen einer solchen Versicherung nicht erzielt werden.

Se. Maj. der Kaiser ist Freitag vormittag 9 Uhr am Station Wildpark eingetroffen und von Vize-Maj. der Kaiserin am Bahnhof empfangen worden. Beide Majestäten haben sich nach dem Neuen Palais begeben.

Der Kronprinz wird bei seiner Ankunft in Weimergode am Sonntag nachmittag seinen Weg durch die Stadt nehmen und dabei die Kaiserin, Erzherz. und Herzogin beherbergen. Vom Bahnhof bis zum Neustädter Tor werden die Kriegervereine der Großstadt Spalier bilden. In Weimergode werden schon eifrig Vorbereitungen zur Schmückung der Häuser und Straßen getroffen, welche der Thronfolger bei der Rückkehr von der Jagd in Ostpreußen passieren. Früh morgens erfolgt die Kaiserin nach den Sophienbrunn nach dem Rietgarten. Die Straße wird auf die Weiden im Christentum gelegt. — Die Krönung des Kronprinzen zur Jagd in Ostpreußen, die „Schiff. Ztg.“ zufolge, nicht diesen, sondern erst Anfang nächsten Monats erwartet. — Prinz Heinrich hat als Protektor über die Internationale Automobilschau in Frankfurt a. M. vom 10. bis 27. März 1906 übernommen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Tizias Programm.

Graf Tizias hat im ungarischen Abgeordnetenhaus eine zweistündige Programmrede gehalten, die im wesentlichen denselben Inhalt hatte, wie die im Abgeordnetenhaus. Besondere Abgrenzung verdrängt anfangs durch Botschaften in Wien. Graf Tizias hat ihnen energisch entgegen und tief ihnen zu. „Sie können nicht niederknien; die Wahrheit ist das Sie nicht um Schmeißen bringen. Sie verwalten nur die Schindie Ihres Staatsbürgers, wenn Sie uns solchen Waisen küssen.“ Die Debatte hat die öffentliche Meinung in Oesterreich-Ungarn erregt. Der Ministerpräsident sprach jedoch unter großer Spannung des Publikums, das seine Ausführungen mit Aufmerksamkeit, ganz ungeachtet der Hitze folgte. Am Schluss seiner Rede erwähnte Graf Tizias das Haus, in zu versetzen, daß sie alleinständig ungarisch seien und aus Parteierfolge nicht an den Bruchstellen des Staates stützen können. Diese Bruchstellen seien Einnahme, Graf Tizias hat diese Behauptungen jeder unglücklichen Politik bildet die Erklärung der Öffentlichkeit, die Verabschiedung unserer konstitutionellen Lebens und die Sicherung eines ungehinderten Funktionierens unserer Bevölkerung. — Die liberale Partei sprach bei diesen Worten in begeisterten Beifall aus. Zum Schluss wurden dem Ministerpräsidenten folgende Forderungen vorgebracht:

Italien.

Widerstand des Sültans.

Das Wiener Blatt „Die Zeit“ meldet aus Sofia: Prinzessin Clemence von Montenegro habe an mehrere geachtete Mitglieder und deren Verwandte eine Bitte um Unterstützung der notleidenden macedonischen Flüchtlinge gerichtet. Kaiser Franz Josef sandte daraufhin an den Vertreter Oesterreich-Ungarns in Bulgarien, Graf Tizias, 10 000 Frk. mit einem Dankschreiben für die Prinzessin.

Die Wiener „Allgemeine Ztg.“ berichtet aus Konstantinopel das Gerücht von einer beabsichtigten gemeinschaftlichen Flottenumgebung Oesterreich-Ungarns und Russlands, weil die Flotte den von beiden Mächten geforderten Reformen für Makedonien nicht in vollem Umfang ausgemittelt hat. Der „N. Fr. Pr.“ zufolge erregt die Unisortnote der Flotte in Wien erheblichen Ärger, voraus große Unterstützung, die sie die Märzhafter Erneuerungen fast vollständig unberücksichtigt lassen. Anlässlich der abziehenden Antwort der Flotte auf die Reformnote Oesterreich-Ungarns und Russlands für die Flotte neue Verordnungen in der Flottenfrage, da etwaige österreichische und russische Flottenangelegenheiten gegen den Sultan auf Widerspruch bei anderen Großmächten stoßen könnten.

Der Sultan erklärte gegenüber hohen Würdenträgern, er werde niemals die Erneuerung eines russischen und österreichischen Flottenverbundes in Makedonien eingehen.

Mittelamerika.

Die Unabhängigkeit von Panama.

Durch den Zustand in Kolumbien und die Unabhängigkeitserklärung in Panama sind, soweit bisher bekannt, deutsche Interessen nicht berührt worden. Der „New York Herald“ berichtet, Präsident Roosevelt habe beschlossen, die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Panamas dem Kongress anheimzugeben.

Südamerika.

Rus Chile.

Die Minister des Innern, des Neuen, der Finanzen und des Krieges haben ihre Entlassungsgesuche zurückgezogen. Die Ministerliste wird heute ihre Arbeit erledigen.

eff. 18 2 373
1
14, c.
er. 5063

